



Klima-Kleber machen der Lufthansa nach Schadenersatz-Forderung vergiftetes Angebot – „Hand drauf“

02.01.2024, 19:06 Uhr

Von: Jakob Koch

Die Lufthansa will von den Klima-Klebern der „Letzten Generation“ Geld sehen. Droht den Aktivisten durch die Schadenersatz-Forderung sogar die Pleite?

Update vom 22. Dezember 2023: Die Razzien gegen die Klima-Kleber der „Letzten Generation“ sollten eigentlich Geld-Flüsse offenlegen – doch nun kommt alles anders: Hunderttausende Euro gehen zurück an ihre Besitzer.

Erstmeldung vom 19. Dezember 2023: Berlin – Es lief schon mal besser für die Aktivisten der „Letzten Generation“ – aktuell haben die Klima-Kleber mit sinkender gesellschaftlicher Akzeptanz, Hausdurchsuchungen und einer hohen finanziellen Forderung der Lufthansa zu kämpfen. Wie berichtet, könnte diese Schadenersatz-Rechnung offenbar sogar die gesamte Existenz der „Letzten Generation“ bedrohen. Dennoch scheinen die Krisen-PR-Berater der „Letzten Generation“ das Beste daraus zu machen und legen der Lufthansa ein Angebot vor, dass diese nur ablehnen kann. Kritik am Vorgehen der Klima-Kleber kommt auch von der Polizei-Gewerkschaft.

Klima-Kleber der „Letzte Generation“ machen der Lufthansa nach Schadenersatz-Forderung Angebot

Die Lufthansa-Forderungen beziehen sich auf mehrere Aktionen an deutschen Flughäfen. Damals hatte die „Letzte Generation“ in Düsseldorf, Hamburg und Brandenburg für Trubel gesorgt. Es kam zu Flugausfällen, Verspätungen und umgeleitete Flüge. Eine stolze Summe von 740.000 Euro will die Lufthansa von der „Letzten Generation“ jetzt haben. Bei allen drei Aktionen waren Mitglieder der Gruppe festgenommen worden, nachdem sie sich auf den Rollbahnen festgeklebt hatten. Die Polizei hatte Ermittlungen gegen die Personen aufgenommen, die nun für Schadenersatzforderungen infrage kommen.

Name:	„Letzte Generation“
Organisation:	Zusammenschluss von Klimaaktivisten
Strategisches Mittel:	Ziviler Ungehorsam
Gründer:	Henning Jeschke, Lea Bonasera und Melanie Guttman
Alternativ-Gruppe:	Extinction Rebellion

Das Schreiben hat Eurowings stellvertretend für die Lufthansa-Gruppe aufgesetzt. Nun verkündete die „Letzte Generation“: Sie seien bereit, die geforderten 740.000 Euro Schadenersatz zu zahlen. Im Gegenzug müsse die Lufthansa die jährlichen sozialen Kosten des CO₂-Ausstoßes begleichen. Dies sind nach Darstellung der Aktivisten

rund sechs Milliarden Euro pro Jahr. Ironisch schreiben die Klima-Kleber in ihrem Statement in Anspielung an die Klebe-Aktionen: „Hand drauf, liebe Lufthansa“.



Ironie können sie: Mitglieder der „Letzten Generation“ haben der Lufthansa nach Schadenersatz-Forderung ein „Angebot“ gemacht – mit dem Slogan: „Hand drauf“. © IMAGO (2) / Olaf Wagner / aal.photo

„Eure Hausjuristen helfen gern“: Polizeigewerkschaft belehrt „Letzte Generation“

Eine Reaktion von Eurowings zu diesem vergifteten Angebot liegt nicht vor – auf Anfrage unserer Redaktion hieß es, man wolle sich zu dem Sachverhalt aufgrund der derzeit laufenden Verfahren nicht äußern. Dafür hat sich die Deutsche Polizeigewerkschaft zu Wort gemeldet. Auf X, ehemals Twitter, schreibt die Polizeigewerkschaft an die „Letzte Generation“: „Nicht für Proteste in 2022/23 sollt ihr 740.000 Euro an die Lufthansa zahlen, sondern für die Folgen vorsätzlicher krimineller Handlungen – nennt sich Verursacherprinzip und Pflicht zum Schadenersatz. Eure Hausjuristen helfen gerne.“

Bereits in der Vergangenheit hatte sich die Polizei-Gewerkschaft kritisch zur „Letzten Generation“ positioniert. Innerhalb der Polizei würde der „zunehmende Fanatismus“ der Aktivisten-Gruppe zu „großer Besorgnis“ führen.

Hausdurchsuchen bei „Letzter Generation“: Privaträume von Klima-Klebern inspiziert

Mitten in der Debatte um Schadenersatz-Forderungen der Lufthansa durften Unterstützer der „Letzten Generation“ auch noch der Polizei die Tür aufmachen: Sprecherin Carla Hinrichs berichtet in einem Statement davon, dass Privaträume „durchwühlt“ wurden. Gesucht werde Farbe. „Sogar die Kinderzimmer wurden von der Polizei durchsucht“, so Hinrichs. Hintergrund sind Aktionen der „Letzten Generation“ unter anderem in Berlin, als Weihnachtsbäume orange angesprüht wurden. (Jakob Koch)



Startseite > Regional > Mecklenburg-Vorpommern > [Klima-Kleber angefahren – das ist die Strafe f...](#)

Urteil

Klima-Kleber angefahren – das ist die Strafe für den LKW-Fahrer


Stralsund / Lesedauer: 5 min



Klima-Kleber absichtlich angefahren? Der Lkw-Fahrer Tobias H. vor dem Amtsgericht in Stralsund. (Foto:)

Ein Lkw-Fahrer fuhr einen Klima-Kleber in Stralsund an. Am Dienstag fiel vor dem Amtsgericht Stralsund das Urteil: Der Mann kassierte eine Geldstrafe und ein Fahrverbot.

Veröffentlicht: 28.11.2023, 14:36

Von:  Maximilian Tabaczynski



Artikel teilen:



Klima-Kleber und ein Lasterfahrer (41) in Eile: Mehr braucht es für den wohl spannendsten Prozess des Jahres am Amtsgericht Stralsund nicht.





LKW-Fahrer sorgte bundesweit für Schlagzeilen.

Geldstrafe beträgt 60 Tagessätze

Am Dienstag dann die Entscheidung vor dem Amtsgericht Stralsund: Der Lkw-Fahrer muss wegen versuchter Nötigung 1800 Euro Geldstrafe zahlen (60 Tagessätze). Zudem erhielt er vier Monate Fahrverbot. Laut Gerichtssprecher Dirk Simon könne die Zeit seit seiner Führerscheinabgabe darauf angerechnet werden. Dafür muss das Urteil aber rechtskräftig sein.

Was war passiert? Am 12. Juli hatten Klima-Radikale den Verkehr am Heinrich-Heine-Ring in Stralsund blockiert. Da war Tobias H. mit seinem Laster unterwegs. Auch er musste abrupt stoppen.

H. stieg aus seinem LKW und zog einen radikalen Klimaschützer von der Straße. Der krabbelte sofort zurück auf die Fahrbahn. Zudem schubste der Brummi-Fahrer eine sitzende Demonstrantin um. Auch drohte er dieser mit der Faust.

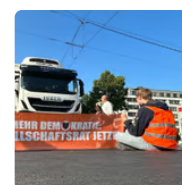
Anschließend setzte sich der Fahrer wieder an das Steuer des Lasters. Dann fuhr er los und schob den – wieder vor dem LKW sitzenden – Demonstranten vor sich her. Verletzt wurde niemand. Später meldete sich der LKW-Fahrer bei der Polizei. Dort musste er seinen Führerschein abgeben. Deutschlandweit solidarisierten sich Menschen mit dem Laster-Fahrer. Spenden wurden gesammelt. Ein hoher fünfstelliger Betrag kam zusammen.

Empfohlene Artikel

Vor Gericht

Klimakleber mit Lkw geschoben – Fahrer äußert sich öffentlich

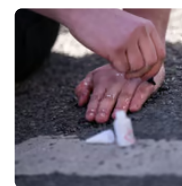
📍 Stralsund



Protest

Ermittlungen gegen Klimakleber in Stralsund – das ist der aktuelle Stand

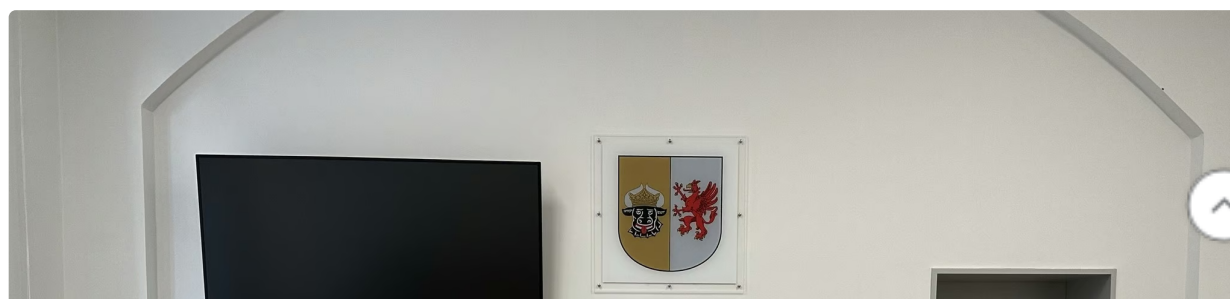
📍 Stralsund

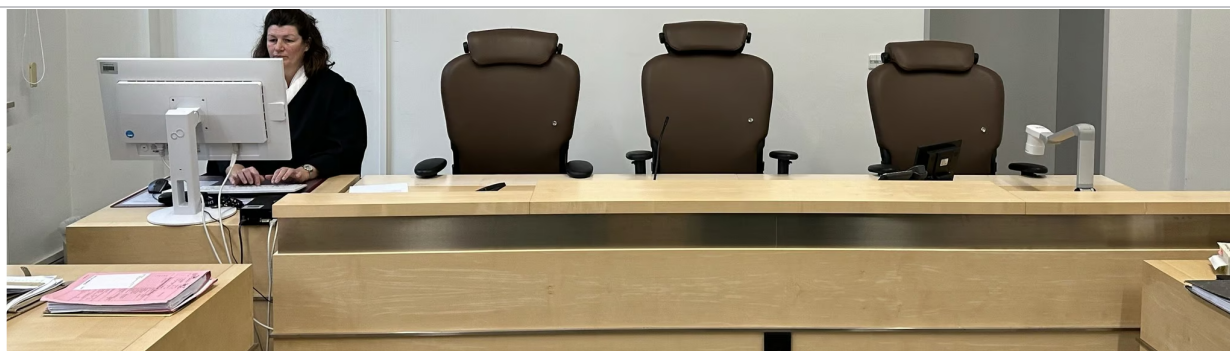


Klima-Kleber

LKW-Fahrer schob Klima-Kleber von der Straße — Lebenslanger Führerscheinentzug?

📍 Stralsund





In diesem Saal wurde verhandelt (Foto: Max Tabaczynski)

Das Gericht erließ später einen Strafbefehl gegen den Laster-Fahrer. Dieser sah eine Geldstrafe von 5400 Euro (90 Tagessätze) und die Abgabe seines bereits eingezogenen Führerschein für ein Jahr vor. Das akzeptierte Berufskraftfahrer H. nicht. Er legte Einspruch ein, bekam nun einen deutlichen Strafnachlass

Fahrer will sich entschuldigen

Jetzt folgte der Prozess vor dem Amtsgericht Stralsund. Der Vorwurf laut Anklage: vorsätzlich gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, versuchte Nötigung und versuchte gefährliche Körperverletzung.

» *Ich wollte niemanden verletzen. Ich wollte nur meinen Job machen.*

- Lkw-Fahrer Tobias H.

Der Saal A.E. 17 im Amtsgericht Stralsund ist am Dienstagmorgen, gegen 9 Uhr, fast voll besetzt. Im Zuschauerraum gibt es 28 Sitzplätze. Kameras sind auf den Lkw-Fahrer gerichtet. Immer wieder vergräbt der Angeklagte vor Prozessbeginn sein Gesicht in den Händen. Im Prozess zieht er die Schultern hoch, faltete die Hände ineinander.

Im Prozess sagt der Lkw-Fahrer deutlich: „Ich wollte niemanden verletzen.“ Immer wieder betont er, dass er sich entschuldigen möchte. Es sei ein stressiger Tag gewesen. Er hätte seit frühmorgens medizinische Gase ausgefahren und sei auf dem Weg in die Firma gewesen. um den Laster für den

Empfohlene Artikel

Polizei

Führerschein von Lkw-Fahrer nach Attacke auf Klima-Kleber beschlagnahmt

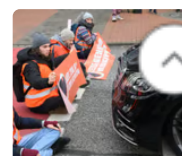
📍 Stralsund



Letzte Generation

Blockieren Klima-Kleber bald mit LKW die Straßen?

📍 Berlin





und Praxen in der Region beliefert.

Er wollte nur schnell an den Klebern vorbeifahren. An diesem Tag seien es vierzehn Aufträge

gewesen, normal seien acht bis zehn Lieferungen. „Ich wollte nur meinen Job machen.“ Heute sei er arbeitslos. Allerdings wurde er nicht direkt nach dem Vorfall gekündigt, sondern verlor erst einige Monate später seinen Job. Er war einfach nicht mehr auf der Arbeit erschienen.

Klimakleber angefahren – Politiker starten Spenden-Aktion für Lkw-Fahrer

Stralsund



Fahrer hatte sich der Polizei gestellt

Besonders umfangreich analysierte Dekra-Gutachter Frank Mauroschat, den Lkw und die möglichen Sichtverhältnisse. Er erklärte, dass der Fahrer den Klima-Kleber anderthalb Meter mit dem 9,5-Tonner geschoben hatte. Und betonte auch, dass wenn der Fahrer vor dem Anfahren in den Frontspiegel gesehen hätte, er den Demonstranten auch erkennen hätte können. Der Fahrer hatte laut dem Dekra-Gutachter seinen Kopf tatsächlich nach rechts zum Spiegel bewegt, allerdings nur für 0,3 Sekunden. Eine sichere Erkennung der angefahrenen Person zweifelte er zumindest an. Da der Angeklagte zudem versuchte mit dem Laster auszuweichen, könne das als Hinweis genommen werden, dass er niemanden anfahren wollte.



Rechtsanwalt und Wahlverteidiger Dirk Lüder mit seinem Mandanten (Foto: Maximilian Tabaczynski)



davon, wie sich der Lkw-Fahrer in Grimmen gestellt hatte. Bisher blieb H. ohne Vorstrafen, hatte nur drei ältere Eintragungen im Fahreignungsregister.

Die Staatsanwaltschaft forderte schließlich eine Verurteilung. H. sollte 3000 Euro Strafe zahlen (100 Tagessätze zu je 30 Euro). Zudem soll er sein Führerschein für zehn Monaten verlieren. Auch wenn die Klima-Kleber nerven würden, gebe es nicht das Recht in Selbstjustiz tätig zu werden. H.s Anwalt forderte hingegen einen Freispruch und sein Mandant sollten den Führerschein zurückbekommen.

Den Führerschein gab es gegen 13.34 Uhr zurück. Den Freispruch bekam der Laster-Fahrer aber nicht. Die Richterin stellte noch einmal klar, dass nicht feststellbar sei, ob der Angeklagte überhaupt in den Spiegel geguckt habe. Die Schlussfolgerung: Im Zweifelsfall für den Angeklagten. Die Richterin nahm H. auch noch einmal ins Gebet: Er müsse in Zukunft in alle Spiegel gucken.

Mit der heutigen Entscheidung ist das alles aber noch nicht final vom Tisch. H.s Anwalt kündigte Berufung an. Auch gegen die Klima-Kleber „laufen die Ermittlungen noch“, so Oberstaatsanwalt Martin Cloppenburg zum Nordkurier. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Stralsund erklärt auch, warum es mit Anklageerhebung dauert: „Für die Erfüllung des Tatbestands der Nötigung braucht es einen ganz detaillierten zeitlichen Ablauf der Blockade. Es muss zudem ganz konkret benannt werden, wie viele Personen dort wann und wo gesessen haben sowie wie viele Fahrzeuge blockiert wurden. Das dauert eben.“

Empfohlene Artikel

Kolumne "Im Börsenfieber"

Wenn Friedrich Merz Bundeskanzler wird, könnten diese Aktien zulegen

Ravensburg



Kommentar des Tages

Der Besuch eines Konzentrationslagers sollte für alle Schüler Pflicht sein

Greifswald



Mobilität

„Knallhart ausgenutzt, dass wir tanken müssen“: Spritpreise explodieren

Dettingen





Erster Prozess gegen Klimakleber in Hamburg: 300 Euro Strafe

Stand: 14.03.2023 20:06 Uhr

Am Amtsgericht Harburg ist am Dienstag erstmals ein sogenannter Klimakleber wegen versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe von 300 Euro verurteilt worden.

Der Angeklagte hatte vor einem Jahr an einer Blockade nahe der Elbbrücken teilgenommen, sich dabei aber nicht selbst auf dem Asphalt festgeklebt. Er ist kein jugendlicher Aktivist, sondern ein 58-jähriger Ingenieur und dreifacher Familienvater. Zu Beginn der Verhandlung fragte er den Richter: "Was glauben Sie, warum ich mich auf eine Straße setze und die blockiere? Bestimmt nicht, weil es

mir Spaß macht, mich von Autofahrern beschimpfen zu lassen." Er sagte, dass er dort gesessen habe, weil er sich große Sorgen um die Zukunft seiner Kinder mache, weil die Politik nichts gegen den Klimanotstand tue: "Gehen wir demonstrieren, werden wir nur belächelt."

Politisches Anliegen wirkte strafmildernd

Blockadeaktionen seien der einzige Weg, Aufmerksamkeit für die Klimakrise zu bekommen. Der Richter wertete die Blockade nahe der Elbbrücken als versuchte Nötigung. Für die juristische Bewertung spielte eine Rolle, dass die Blockade relativ schnell aufgelöst wurde. Der Richter berücksichtigte auch strafmildernd, dass der Angeklagte ein politisches Anliegen hatte. Er sagte im Urteil wörtlich: "Das betrifft uns alle."



Hamburg: "Letzte Generation" setzt Tschentscher ein Ultimatum

Die Gruppe droht mit einer "maximalen Störung der öffentlichen Ordnung", falls Hamburgs Bürgermeister nicht auf ihre Forderungen eingeht. (08.03.2023)



Aggressive Stimmung bei Klima-Protest in Hamburg

Klimaaktivisten hatten sich in der Innenstadt auf die Straße geklebt. Neben ihnen wurden auch Pressefotografen angegriffen. (03.03.2023)

NDR 90,3

Dieses Thema im Programm:

NDR 90,3 | NDR 90,3 Aktuell | 14.03.2023 | 16:00 Uhr

ENTSCHEIDUNG

Klima-Kleber: Stadt Braunschweig entschärft Allgemeinverfügung

17.10.2023, 08:06 Uhr • Lesezeit: 2 Minuten

Von Jan Knötzsch



Die Polizei löst eine Aktivistin der „Letzten Generation“, die sich auf den Asphalt geklebt hatten, von der Straße. (Symbolfoto)

© Regios24 | Stefan Lohmann

Braunschweig. Erst versuchte die Stadt Braunschweig gegen Klima-Kleber der „Letzten Generation“ überaus energisch vorzugehen. Jetzt rudert sie jedoch etwas zurück.

Rolle rückwärts bei der Stadt [Braunschweig](#): Nachdem selbige im Kampf gegen die **Klima-Kleber** der „**Letzten Generation**“ zunächst eine harte Gangart an den Tag legte, nimmt sie nun im übertragenen Sinne den Fuß zumindest ein wenig vom Gas. Hatte die Stadt **Braunschweig** erst im Juni 2023 ein [Bußgeld von 3.000 Euro angedroht, wenn sich Klima-Kleber auf](#)

k
agen

zum Klimaprotest im Stadtgebiet unter freiem Himmel beschränkt, wenn diese nicht im Vorfeld – wie gesetzlich vorgeschrieben – angezeigt werden, an die aktuelle Rechtsprechung angepasst. So wird der räumliche Anwendungsbereich des Verbots eingeschränkt.

Stadt Braunschweig schränkt räumlichen Anwendungsbereich des Verbots zum Klimaprotest ein

Laut einer **Pressemitteilung** der Stadt Braunschweig ist damit jetzt die **Blockade** von Fahrbahnen von **Straßen** untersagt, die für Rettungseinsätze und Gefahrenabwehrmaßnahmen besonders kritisch sind und bei der sich Teilnehmende fest mit der Fahrbahn oder an Gegenständen auf der Fahrbahn (zum Beispiel durch Ankleben, Einbetonieren, Anketten etc.) oder mit anderen Personen (zum Beispiel durch Ankleben, Zusammenketten etc.) verbinden.

Die Straßen sind nach den folgenden Kriterien identifiziert worden:

Hauptanfahrtstraßen zu den **Braunschweiger Krankenhäusern**; vierspurig ausgebaute Haupteinfall und -ausfallstraßen; **Hauptstraßen** zur Erschließung von Stadtteilen/-bezirken/Quartieren; **Wilhelminischer Ring** zur schnellen Umfahrung der Innenstadt; Straßenverbindungen in Stadtteile/-bezirke/Quartiere, die über keine ähnlich schnelle alternative Verbindung zur Erschließung verfügen. Hinzu kommen die Bundesautobahnen und Zufahrten zur Polizei sowie zu Rettungsdiensten.

Proteste von Klimaklebern: Braunschweig reagiert mit Anpassung auf die aktuelle Rechtsprechung

Hinsichtlich der **Protestform**, so teilt die Stadt Braunschweig weiter mit, wird eine Eingrenzung auf besonders schwer zu beseitigende Hindernisse vorgenommen. Vom **Verbot** erfasst werden nur besonders störungsintensive Versammlungsformen (Festkleben, Einbetonieren, Anketten etc.). Bei **Verstößen** gegen diese Verfügung müssen Teilnehmende mit der Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren und **Bußgeldern bis zu 3000 Euro rechnen**. Gegen die Beschränkung von Straßenblockaden hatte es [in der näheren Vergangenheit Demonstrationen gegeben](#)



Kostenlosen Newsletter bestellen und täglich das Neueste aus der Region im Postfach lesen.

JETZT ANMELDEN!

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Mit der Anpassung reagiert die Stadt Braunschweig auf aktuelle **Rechtsprechung**. Mit einer der bisherigen **Braunschweiger Allgemeinverfügung** sehr ähnlichen Allgemeinverfügung der Stadt Aschaffenburg hatte sich, so die Stadt Braunschweig in ihrer Pressemitteilung, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof auseinandergesetzt. In Braunschweig selbst hatte es in der Politik **Streit** darüber gegeben, [ob Allgemeinverfügungen das richtige Mittel gegen die „Letzte Generation“ seien](#).

[ZUR STARTSEITE >](#)

Nachrichtenportale ▼

Special Interests ▼

Marktplätze ▼

Services ▼

Aktuelle Nachrichten und Informationen aus Braunschweig, der Region und Niedersachsen sowie aus Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur, Boulevard und Ratgeber.



[IMPRESSUM & KONTAKT](#)

[DATENSCHUTZERKLÄRUNG](#)

[DATENSCHUTZCENTER](#)

[INFOS ÜBER KLARNA](#)

[ABO KÜNDIGEN](#)

Knast für Klimakleber

Vergeltung ist kein Strafzweck

Gastkommentar von **Johannes Eisenberg**

Der Kolumnist Thomas Fischer befürwortet eine Haftstrafe für Klimakleber. Das sei Vergeltung für unliebsame Menschen, sagt Anwalt Johannes Eisenberg.

8.3.2023 16:53 Uhr

teilen

E in Amtsrichter ausgerechnet im grün
regierten Baden-Württemberg greift jetzt
gegen die Klimakleber durch: Drei Monate
beziehungsweise zwei Monate Knast ohne
Bewährung für zwei Angeklagte. Der
Deutschlandfunk hat hierzu den als „früheren
Vorsitzenden Richter am BGH“ vorgestellten Spiegel-
Kolumnisten Thomas Fischer interviewt. Der
Interviewte gehört – wie ich – der Generation an, die
bedenkenlos die Klimakrise durch ihren Lebensstil
generiert hat.

Der Mann ist der Leitkommentator des deutschen
Strafgesetzes; sein Werk steht auf jedem
Richtertisch. Der Interviewte sieht keinerlei Zweifel
an der Strafbarkeit der Protestform und faselt von

„Nötigung“ und „Gewalt“ der Protestierer. Er findet die Strafen angemessen, wenn die Leute sagen, dass sie es wieder machen werden und damit keine günstige Kriminalprognose für eine Bewährung möglich ist. Er hat gute Chancen, dass Amtsrichter ihm folgen.

Tatsächlich aber zwingt die Erklärung der Angeklagten, weiter machen zu wollen, eine Prüfung auf: Ob sie nämlich überhaupt bestraft werden dürfen, da auch eine Freiheitsstrafe sie nicht vom Forttun abhalten wird. Die Freiheitsstrafe verfehlt also völlig den Strafzweck. Dazu stellt sich die Frage, ob ein Regelbrecher unbestraft davonkommen kann. Das hängt davon ab, ob sein Verhalten als „sozialschädlich“ anzusehen ist. Die Frage zu stellen heißt, sie mit Nein zu beantworten. Die Konsequenz aus § 46 StGB, „Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe“, muss in einem solchen Fall dazu führen, dass nicht bestraft wird. Strafzweck ist nicht Vergeltung, jedenfalls nicht ausschließlich.

Die Strafe wirkt nicht generalpräventiv, weil die Mehrheit der Bevölkerung es den Aktivisten nicht gleichtun wird. Sie wirkt nicht spezialpräventiv, weil die Klimakleber sich dadurch nicht von ihrem Tun abhalten lassen. Damit wirken die Urteile als Vergeltung an Leuten, die sich nicht fügen, und sie zielen darauf, die Leute zu brechen. Das ist kein legitimer, aber auch kein legaler Strafzumessungsgesichtspunkt, denn er ist mit dem Menschenbild des Grundgesetzes, dem Art. 1 GG „Menschenwürde“, nicht vereinbar.

Themen [#Klimagerechtigkeit](#) [#Fridays For Future](#) [#Letzte](#)

[Generation](#) [#Gericht](#) [#Urteil](#) [#Thomas Fischer](#)

Drucken

Neue Rechtsverordnung

Britische Regierung geht gegen Klima-Kleber vor - Kritiker sind empört

Montag, 01.05.2023, 13:27



IMAGO/ZUMA Wire

Montag, 01.05.2023, 13:27

In vielen Ländern kleben sich Klimaaktivisten auf die Straße, um so für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Das stört nicht nur Autofahrer, die etwa zur Arbeit müssen. Auch die Politik kritisiert das Vorgehen immer häufiger. In Großbritannien geht die jetzt gegen die Aktivisten vor.

Die Protestmärsche von Klimaaktivisten gehen der britischen Regierung schon seit einiger Zeit zu weit. Im vergangenen Jahr scheiterte eine Gesetzgebung, die das Langsamgehen zur Behinderung des Straßenverkehrs verbieten sollte.

Nun hat Großbritanniens Innenministerin Suella Braverman eine andere Rechtsverordnung durch das Parlament gebracht. Das Gesetz ist seit dem 28. April in Kraft und erlaubt Polizisten, Verdächtige anzuhalten und zu durchsuchen. Auch dürfen sie bestimmte Personen von den Klimaprotesten ausschließen. „Egoistische Demonstranten stören das tägliche Leben der Menschen im ganzen Land, und das muss gestoppt werden“, sagt Braverman. Kritiker des Gesetzes sehen indes das Recht auf friedlichen Protest bedroht.

Kritiker sehen „Grundrecht auf friedlichen Protest“ bedroht

Als die Vorschläge für das neue Gesetz vor fast einem Jahr öffentlich wurden, sprach Jodie Beck von der Bürgerrechtsorganisation Liberty von „äußerst drakonischen Maßnahmen“. Das Gesetz habe das Potenzial, historische Taktiken der zivilen Widerstandsbewegung zu beseitigen. „Wenn wir jetzt gegen eine bestimmte Taktik vorgehen, hat das tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Proteste für die Rechte insgesamt, egal, was unser Anliegen ist“, sagte sie dem Magazin „Time“.

Auch im Parlament regten sich kritische Stimmen. Der Gemeinsame Ausschuss für Menschenrechte im britischen Parlament bezeichnete die Pläne in einem Bericht als „eine inakzeptable Bedrohung für das Grundrecht auf friedlichen Protest“. Die britische Regierung könnte so in Konflikt mit der Europäischen Menschenrechtskonvention geraten.

Wissenschaftler zweifeln zudem die Wirksamkeit des Gesetzes an. Stephen Reicher, Professor für Sozialpsychologie an der Universität St. Andrews, untersuchte, wie sich verschiedene Formen von polizeilichem Umgang mit Menschenmengen auswirken. „Wenn die Polizei Handlungen verhindert, die jeder in der Menge als ein Grundrecht ansieht, kann sie selbst die unterschiedlichsten und zerstrittensten Menschen gegen sich vereinen“, schreibt der Forscher in einem Gastbeitrag im „Guardian“. Solche Polizeihandlungen liefen folglich Gefahr Konflikte zu eskalieren und berechtigte Proteste im Keim zu ersticken.

ter
© BurdaForward GmbH 2025

Fotocredits:

IMAGO/ZUMA Wire

Drucken()



Startseite > Community

Neue Taktik

Nervenkrimi in Wien: Klima-Kleber narren die Polizei

Nach Mega-Protesten am Montag geht es auch am Dienstag mit Straßenblockaden weiter. Nach Aktionen gegen 8.00 Uhr ging es drei Stunden später weiter.

Von **Robert Cajic**

21.11.2023, 11:42



Vor dem Parlament kam es am Dienstag gegen 11.00 Uhr erneut zu Protest-Aktionen.

Leserreporter

Rund 70 Aktivisten der "**Letzten Generation**" legten am Dienstagmorgen mehrere Wiener Verkehrs-Hotspots lahm – "**Heute**" berichtete. Nun protestierten mehrere Klima-Kleber erneut in der Hauptstadt: Gegen 11.00 Uhr gingen mehrere Aktivisten über den Wiener Ring und behinderten vor dem Parlament den Verkehr. Zeitgleich kam es in der Leystraße in Brigittenau zu einer Blockade.



In der Wiener Brigittenau legten mehrere Klima-Kleber eine Kreuzung lahm.

Leserreporter

Mit einer neuen Taktik versuchen die Klima-Kleber nun, den Autofahrern den letzten Nerv zu rauben. Am Dienstag klebten die Protestierenden nicht auf den Straßen, sondern setzten sich auf den Asphalt. Sobald Beamte versuchen einzugreifen, machen sich die Aktivisten aus dem Staub – [mehr dazu hier](#). Mit dem Katz-und-Maus-Spiel stellen sie damit auch die Wiener Polizei auf die Probe. Allein am Dienstag waren die Aktivisten an mehreren Örtlichkeiten und sorgten für Verzögerungen.

Video – so sieht die neue Taktik der Klima-Kleber aus:

„Digos“ ermitteln In Italien geht jetzt sogar der Staatsschutz gegen Klima-Kleber vor



Nicht nur in Deutschland – auch in anderen europäischen Ländern sorgen Ableger der Bewegung „Letzte Generation“ für Aufsehen und Diskussionen. So nun auch in Italien, wo sich mittlerweile sogar der Staatsschutz mit der Gruppe befasst.

Dabei sind die Splittergruppen oft nicht so präsent wie in der Bundesrepublik. Trotzdem schaffen es die Aktivisten immer wieder, sich in die Schlagzeilen zu bringen. In Italien ging unlängst ein Video des Bürgermeisters von Florenz viral, der mitten in einer Videobotschaft plötzlich davon stürmte und einen Vertreter der „ultima generazione“, wie die Vereinigung in Italien heißt, davon abhielt, den berühmten Palazzo Vecchio mit Farbe zu besprühen.

Neues Gesetz in Italien soll Klima-Kleber bei Verstößen zur Kasse bitten

Überhaupt ist in Italien das Festkleben und Straßenblockieren unter den Aktivisten weniger verbreitet als das Beschmutzen historischer Bauwerke. Die italienische Regierung unter Giorgia Meloni hat deshalb nun sogar einen Gesetzesentwurf eingebracht, der Schadensersatzzahlungen von etwa 10.000 bis 60.000 Euro für die „Zerstörung, Beschmutzung oder Verunstaltung“ von Kulturgütern vorsieht. In der Bevölkerung findet dieser Ansatz viel Rückhalt.

Wie die „Welt“ berichtet, ist der Umgang der Behörden mit den Aktivisten dennoch rigoros. Etwa zeitgleich mit Melonis Gesetzesentwurf wurde demnach bekannt, dass auch die Staatspolizei gegen die Klimaschützer ermittelt. Im speziellen die Einheit, die sich mit „Terror und Extremismusbekämpfung“ beschäftigt. In Italien nennt man die dort arbeitenden Beamten „Digos“, ihre Hauptaufgabe ist der Schutz des Staates vor politisch motivierten, staatsbedrohenden Aktivitäten.

Italienische „Digos“ ermitteln gegen „ultima generatione“

Die „Digos“ ermitteln gegen eine lokale Gruppe der „Letzten Generation“, berichtet die „Welt“. Es bestehe der Verdacht der Gründung einer kriminellen Vereinigung. Denn die Aktionen des zivilen Ungehorsams erfolgen, wie auch hier in Deutschland, mittlerweile zielgerichtet, organisiert und von einer internen Hierarchie begleitet. Es sei also nicht auszuschließen, dass man sich auf Verschmutzungsaktionen an historischen Gebäuden wie etwa am Palazzo Vecchio gemeinschaftlich nach Diskussion geeinigt habe.

Die Aktivisten selbst sehen es selbstredend anders. Wie eine Sprecherin der Gruppe Journalisten mitteilte, handele es sich bei den Ermittlungen lediglich um Einschüchterungsversuche der Behörden. Friedliche Bürger werden demnach „behandelt wie Mafiosi“.

jsm



Teilen Sie Ihre Meinung

Melden Sie sich an und diskutieren Sie mit.

[253 Kommentare öffnen](#)

Teilen Sie Ihre Meinung

o



Norwegische Klima-Kleber legen Verkehr lahm – aber sie haben andere Ziele als die Deutschen

13.11.2023, 16:32 Uhr

Von: Peter Sieben



Schleichen statt Kleben: Die Zeitlupen-Nummer ist eine Taktik der norwegischen Klima-Bewegung „Stopp Oljeletinga“, um den Straßenverkehr zu stören. © Peter Sieben

Die norwegische Protestbewegung „Stopp Oljeletenga“ nutzt Methoden wie die Letzte Generation, doch ihr Ziel anders: Das hängt mit dem größten Dilemma Norwegens zusammen.

Oslo – Es wirkt, als würde man Filmaufnahmen in Zeitlupe abspielen, Standbild für Standbild: Extrem langsam bewegen sich rund 20 Menschen in orangefarbenen Warnwesten in Millimeterschrittchen den Wergelandsveien in Oslo hinunter. Das königliche Schloss ist gleich um die Ecke, es ist morgendliche Rush Hour – und die Westenträger sorgen für Stau. Ähnlich wie die sogenannten Klima-Kleber in deutschen Großstädten, die sich aus Protest gegen Verbrennermotoren auf die Straßen kleben. Das Paradoxe: Hier in Oslo sind es fast ausschließlich emissionsfreie E-Autos, die sich jetzt an den Demonstranten vorbei quälen müssen, Benzin- oder Dieselfahrzeuge sieht man in der norwegischen Hauptstadt kaum. Aber den Aktivisten hier geht es um etwas anderes als ihren deutschen Kollegen: Es geht um das vielleicht größte Dilemma Norwegens.



Aktivist Fridtjof von der Protestbewegung „Stopp Oljeletinga“ fordert: „Norwegen soll sich vom Ölgeschäft trennen.“ © Peter Sieben

Klima-Kleber in Norwegen: „Das muss aufhören“

„Das muss aufhören“, sagt einer der Demonstranten namens Fridtjof. „Stopp Oljeletinga“ (Stoppt die Öl-Exploration) heißt die Bewegung, die so etwas wie die norwegische Version der Letzten Generation ist. „Wir haben ähnliche Methoden“, erklärt der 33-Jährige. Manchmal kleben sie sich auch fest, zuletzt etwa war eine Klebe-Attacke auf Norwegens berühmtestes Gemälde „Der Schrei“ im Munch-Museum geplant; die konnte in letzter Sekunde vereitelt werden. Neueste Taktik ist jetzt die Zeitlupen-Nummer. Der Effekt sei ähnlich groß wie bei den Klebe-Aktionen – aber wenn die Polizei kommt, kann man einfach weggehen, sagt Fridtjof. Norwegischer Pragmatismus.

Ähnlich wie Letzte Generation – aber mit speziellem Ziel

Anders als die Letzte Generation, hat die norwegische Protestbewegung ein sehr spezifisches Ziel: „Wir wollen, dass Norwegen endlich aufhört, Öl zu fördern. Es droht sonst eine Umweltkatastrophe, unsere Zukunft steht auf dem Spiel“, sagt Fridtjof.

Tatsächlich war es der Öl-Boom in den 1960er Jahren, der Norwegen vom Armenhaus Europas zu einem der reichsten Länder der Welt gemacht hat. Seit den 90er Jahren legt der Staat die immensen Einnahmen aus den Öl- und Gasexporten im sogenannten Ölfonds an. Der wird seit Jahrzehnten immer fetter, allein im ersten Halbjahr 2023 gab es ein Plus von umgerechnet über 130 Milliarden Euro. „Die norwegische Regierung plant, weitere Ölfelder zu erschließen“, sagt Olav Øye von der NGO Bellona in Oslo, die an Lösungen der Klimakrise arbeitet. „Das ist problematisch, sowohl für das Klima, als auch direkt für die Umwelt, weil auch in empfindlichen Ökosystemen gebohrt wird“, so Øye.

Pikant: Während fossile und klimaschädliche Brennstoffe Norwegen extremen Wohlstand beschert haben und weiterhin sehr viel Geld in die Kassen spülen, will das Land selbst bald emissionsfrei sein. Elektromobilität wurde massiv gefördert, der Strom, der hier aus der Steckdose kommt, stammt zu fast 100 Prozent aus Wasserkraft und beim Thema CO₂-Speicherung (CCS) ist Norwegen so weit wie sonst kaum ein Land auf der Welt. Wie passt das

zusammen?

Energiepolitik in Norwegen: „Man schiebt das Problem einfach weg“

„Aus norwegischer Sicht ist das kein Widerspruch“, erklärt Tobias Etzold. Der Politologe forscht am staatlich geförderten Thinktank Nupi (Norwegian Institute of International Affairs) in Oslo unter anderem zu Energie- und Sicherheitsthemen. „Die hiesige Mentalität ist: Das Öl ist fürs Ausland, damit haben wir nichts mehr zu tun, wir exportieren es nur. Was die anderen dann damit machen, ist nicht unser Problem. Damit schiebt man das Problem einfach weg“, erklärt der Experte.



Tobias Etzold forscht am Norwegian Institute of International Affairs in Oslo. © Peter Sieben

Das sähen allerdings bei weitem nicht alle so. „Manche sagen: Aufgrund seiner Öl-Industrie ist Norwegen eigentlich ein großer CO₂-Emittent und kann sich da nicht rausreden. Das Bewusstsein dafür, dass Norwegen seine Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren muss, ist bei manchen durchaus da.“ In der Tat schaut sich das skandinavische Land nach Alternativen um, das Thema Wasserstoff etwa wird wohl eine entscheidende Rolle spielen: Norwegen will künftig Millionen Tonnen blauen und später grünen Wasserstoff vor allem in Richtung Deutschland und Niederlande liefern, es gibt bereits konkrete Pläne für Pipelines. Potenzielle Abnehmer in der Industrie gibt es genügend, im Zuge der geplanten Dekarbonisierung sind viele Big Player auf Wasserstoff aus dem Norden angewiesen. Beispiel Thyssenkrupp Steel in Duisburg: Dort soll Stahl bald mithilfe von blauem Wasserstoff statt Kohle produziert werden – und das noch in diesem Jahrzehnt. Und der größte Binnenhafen der Welt in Duisburg arbeitet mit immensem Aufwand daran, zum zentralen Wasserstoff-Hub zu werden.

Wasserstoff-Exporte bedeuten Wohlstandsverlust

Nur: Selbst wenn die Wasserstoffproduktion und der Handel im großen Stil irgendwann angelaufen sind, werden die Erträge über Jahre und vielleicht Jahrzehnte nicht das Niveau der Öl-Gewinne erreichen, da sind sich die Experten einig. „Das bedeutet erst einmal sicher einen gewissen Wohlstandsverlust“, sagt Tobias Etzold. Wenngleich sich Norwegen schon zu Beginn des Öl-Booms der Endlichkeit des Geschäfts bewusst gewesen sei – „deshalb gibt es ja auch den Öl-Fonds, um den Wohlstand auch für die Zeit danach zu sichern.“ Und doch sei es sicher angebracht, sich

mittelfristig vom Öl unabhängig zu machen.

So sieht es auch Fridtjof von der Bewegung „Stopp Oljeletinga“. Norwegen solle lieber in neue Technologien investieren, um sich möglichst schnell vom Ölgeschäft zu trennen, sagt er: „Aber es geht eben nur ums Geld.“

Manche halten die Klima-Kleber für ziemlich naiv

Konservative Kreise in Norwegen fänden Positionen wie diese indes naiv, sagt Tobias Etzold. „Der Vorwurf lautet: Gerade bei den Jüngeren gibt es eine deutliche Anspruchshaltung an die staatliche Versorgung, etwa beim Bildungssystem. Dass das in Norwegen gut ist, ist aber eben dem Ölboom der 1960er Jahre und dem Handel mit Öl und Gas geschuldet.“ *(pen)*

Transparenzhinweis: Ippen.Media wurde von der norwegischen Botschaft in Berlin nach Oslo eingeladen.